

Sachdokumentation:

Signatur: DS 344

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/344



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

KVP**Politik zum Leben und Lieben**

21.09.2016, KVP Schweiz

Kein generelles Burkaverbot

In Zeiten wachsender Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit



Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit wachsen. Ein generelles Burkaverbot wird gefordert, nicht zuletzt auch in sogenannten christlich-konservativen Kreisen. Die KVP sagt nein. Spott über Glaubensinhalte sollen toleriert werden. Die KVP sagt nein. Radikale Strömungen im Islam, aber auch im Christentum breiten sich aus. Die KVP sagt nein, so nicht. Sie begrüsst daher beispielsweise, dass sich EVP-Politikerinnen vom „Marsch fürs Läbe“ distanziert haben. Unter den

Vorgaben des Rechtsstaates sind Muslime willkommen..

Zurzeit entwickelt sich eine grossflächig um sich greifende Respektlosigkeit, die bis zur Fremdenfeindlichkeit und Massenhysterie reicht. Dabei geht es natürlich auch um die Respektlosigkeit gegenüber der Umwelt und den [Widerstand gegen eine grüne Wirtschaft](#).

Im Zentrum steht aber die Diskussion um die laufende Initiative für ein Burkaverbot (Vermummungsverbot), auch wenn in der Schweiz davon nur ganz wenige betroffen sind. Als Grund werden Sicherheit, Menschenwürde, Demokratie, Ästhetik angeführt. Keiner der Gründe überzeugt wirklich. Vielmehr sind es Worthülsen, losgelöst von der Realität, die auf eine fremdenfeindliche Einstellung hindeuten. Man will einige wenige Frauen mit den Segnungen der modernen Frauenemanzipation beglücken und pocht auf rechtsstaatliche Werte. Federführend ist die CVP geworden, unter Berufung auf christlich-abendländische Werte. Es ist jene Partei, die jüngst die Präimplantationsdiagnostik (PID) bejaht hat, also einen zentralen christlichen Wert aufgab und zwei linke Familieninitiativen verloren hat. Jetzt besinnt sich deren Präsident Gerhard Pfister, dessen Basis seiner Meinung nach ein Burkaverbot bejaht, auf die Werte der Schweiz und des Rechtsstaates und schlägt einen Religionsartikel in der Bundesverfassung vor. Die KVP hat sich schon früher [gegen](#) solches zentralistisches Ansinnen und ein Burkaverbot ausgesprochen. [Papst Benedikt XVI.](#) sieht [keinen Grund](#) für ein allgemeines Burkaverbot ([ebenso](#) Giuseppe Gracia und Herbert Meier in: Katholische Wochenzeitung [KWZ] Nr. 37/2016; Herbert Meier sprach sich seinerzeit auch gegen das Minarettverbot aus). Das entspricht der Minderheitsmeinung am [Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte](#), welcher zwar die meisten gängigen Argumente für ein Verbot verwarf, es aber für Frankreich akzeptierte unter dem Titel des „Zusammenlebens“ und zum Schutz der Rechte anderer (Ziffer 142, 157). Das Verbot verletzt (jedenfalls für die Verhältnisse in der Schweiz) das Prinzip der Verhältnismässigkeit (so für Frankreich auch die Minderheitsmeinung im Gericht, zu der die Deutsche Angelika Nussberger gehörte, die früher Mitglied der päpstlichen Akademie der Sozialwissenschaften war). Zum Burkaverbot nahmen [die Schweizer Bischöfe](#) nicht mit Ja oder Nein Stellung, sondern brachten eine Begründung, die schleierhaft ist (vgl. die Kritik von [Silvia Stam](#)). Die Interpretation von [Kath.net](#), die Bischöfe



sein gegen ein allgemeines Burkaverbot, erscheint aber nicht abwegig. Das entspräche der Haltung der KVP. Ein generelles Burkaverbot ist mit der katholischen Lehre unvereinbar.

Kulturkampf durch Abbau des Rechtsstaates

Ein generelles Burkaverbot gehört zum [Kulturkampf](#), denn dort, wo eine Person identifiziert werden muss — nebst ihrem Recht auf Nicht-Kommunikation — geschieht das heute schon ohne Probleme.

Verlangt wird in [CVP-Kreisen](#) sodann das Verbot von Parallelrecht, ein Fundamentalismusartikel, Massnahmen gegen radikale Strömungen, Informationen der Migranten über die Rechte und Pflichten, Integrationsvereinbarungen, Leitfäden im Schulbereich zu Schwimmen, Schullagern, religiösen Symbolen, Riten und Bräuchen, Elterngesprächen sowie bessere Kontrolle der Prediger, um die strikte Kompatibilität der Lehren mit unserem Rechtsstaat sicherzustellen. Aufgeworfen wird die Frage, inwiefern der Islam mit einer westlichen Gesellschaft vereinbar sei. Da ist viel Populismus und Mainstream am Werk. Kinderehen und Gewaltanwendung sind heute schon verboten. Da geht es höchstens noch um die Durchsetzung. Zu andern Themen wie Schwimmunterricht, Kopftuch, liegen verbindliche Gerichtsentscheide vor, und weitere Fragen (Einschränkung der Versammlungsfreiheit, Überwachung der Moscheen) können ebenfalls im Lichte der Grundrechte gerichtlich entschieden werden. Betont werden muss indes, dass Immigranten das Recht haben, ihre Kultur zu leben. Natürlich sind Teile des Islams mit der westlichen Staats- und Gesellschaftstheorie nicht vereinbar. Die katholische Lehre ist es aber ebenfalls nicht (z. B. Zölibat, Stellung der Frau, Soutane, Ehe, Familie, Bioethik, Umweltpolitik etc.). Die CVP könnte daher für den Katholizismus zum Bumerang werden (ähnlich Herbert Meier). Bundesrätin [Simonetta Sommaruga](#) hat bezüglich Zölibat den Fuss bereits in die Türangel gesetzt.

Integration wird im Übrigen geleistet. Aber: Man stellt einerseits ungenügende Mittel zur Verfügung. Andererseits müssen Integrationswillige zum Teil ihre innersten [Überzeugungen preisgeben](#) und sich schlicht anpassen. Ob das alles dauerhaft in ausreichendem Umfang zum Erfolg führt, erscheint ungewiss. Ausserdem gibt es ein Mentalitätsproblem: Selbst für ausländische Fachkräfte erscheint die [Schweiz](#) zunehmend als unbeliebt und unsozial. Integration findet selbst hier ungenügend statt.

Hostiensatire

Die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) hat eine Beschwerde von „Jugend und Familie“ gegen eine Hostiensatire abgewiesen. CVP-Präsident [Gerhard Pfister](#) fühlte sich verletzt, damit sei es aber auch schon getan. Solche Satire müsse in unserer freiheitlichen Gesellschaft ertragen werden. Nun aber schützt unsere Rechtsordnung wesentliche religiöse Gefühle. Die Beschwerde hätte daher gutgeheissen werden müssen, aus Respekt vor Glaubensüberzeugungen. Glaubensinhalten ist nach katholischer Lehre gegenüber allen Religionen mit [Respekt](#) zu begegnen, was der Satire Grenzen setzt. Pfister machte sich hingegen mit gutem Grund Sorgen, dass nicht vermehrt Satire gegen Intoleranz und Fanatismus praktiziert werde.

KVP**Politik zum Leben und Lieben**

Allerdings war die rechtskonservative, fremdenfeindliche Organisation „[Jugend und Familie](#)“ kaum geeignet, diese Beschwerde glaubwürdig zu führen. Das wäre an den Bischöfen gewesen, denn sie sagen, was zentral zum Glauben gehört und was nicht.

Ist der Hostienstreit eine reine Glaubensangelegenheit, betreffen andere Glaubensinhalte soziale Fragen. Dort geht zulässige Kritik und Satire weiter, und es stehen politische Fragen im Raum. In Sachen PID, Ehe und Familie nimmt der Staat eine viel weniger absolute, das heisst eine relativistische Haltung, ein als die Kirche. Die kirchliche Lehre verliert gegen relativistische Betrachtungsweisen regelmässig und kann ihre Haltung letztlich nur mit dem Glauben begründen. Beispiel ist die „schiefe Bahn“, mit der man die PID in der [SBK](#) bodigen wollte. Das strenge Abtreibungsverbot kann letztlich auch nur aus dem katholischen Glauben als absolutes Verbot vertreten werden. Der „Marsch fürs Läbe“ gehört in diese Kategorie. Wird dann aber zusätzlich mit Brachialwörtern hantiert, hört die Gemütlichkeit freilich auf. Die [EVP-Nationalrätinnen](#) Maja Ingold und Marianne Streiff haben sich deshalb mit gutem Grund von der Organisation distanziert, obwohl die EVP als Partei den Marsch unterstützt. Die Haltung der Nationalrätinnen entspricht der Haltung der [KVP](#).

Endstation Fremdenfeindlichkeit

Fundamentalistisch liberale und religiöse Kreise sind vielfach anfällig auf Grenzverletzungen gegenüber anderen Religionen und Kulturen. So argumentiert der Redaktor der KWZ in Nr. 26/2016, es gehe nicht an, „hunderte Millionen Flüchtlinge“ in Europa einwandern zu lassen, man könne vor Ort helfen. Domherr Christoph Casetti formulierte ein „kleines Lob der Grenzen“. Die Politik der offenen Grenzen sei gefährlich, die Möglichkeiten seien begrenzt, die Identität gefährdet (KWZ Nr. 33/2016). Das alles könnte in Zukunft mal ein Thema sein, ist es aktuell und real absehbar aber nicht. Besprochen werden hier irrationale Politiken. Diese wären zurückzuweisen. Wer das nicht klar herausstreicht, sich ausschliesslich auf identitär-nationalistische Bilder beschränkt, argumentiert tendenziell fremdenfeindlich und fern von der Lehre der Kirche, namentlich von [Papst Franziskus](#) (am 17.05.2016). [Dieser](#) hat sich für Europa bei den Flüchtlingen entschuldigt. Die Identität einer vierköpfigen christlichen Familie wird nicht gefährdet, nur weil sie zwei muslimische Flüchtlinge aufnimmt. Dasselbe gilt analog für den Staat.

[Gerhard Pfister](#) betreibt ebenfalls eine sehr restriktive Flüchtlingspolitik, in der im Grunde genommen nur jene Menschen aufgenommen werden, die man wirtschaftlich in absehbarer Zeit brauchen kann. Gleichzeitig fordert er, man müsse zumindest in den Schulen [mehr von Gott sprechen](#) (ebenso [Silvia Steiner](#), CVP). Was bringt das realpolitisch ausser politische Religionskriege? Die Politik hat offenbar die Religion als Politikum und angeblich ausschliessliche Grundlage des Rechtsstaates entdeckt. Letzteres ist Ideologie. Die modernen Freiheitsrechte sind keineswegs nur auf dem Boden des Christentums, vielmehr auch unter Widerstand der Kirche gewachsen (ausgeführt bei [Martin Grichting](#) [entgegen [früherer](#) Geschichtsklitterung] und sehr gut [Papst Franziskus](#) am 17.05.2016: Europa hat „viele, nicht nur christliche“ Wurzeln). Herbert Meier postuliert, um Islamisten fernzuhalten, „wenig oder gar keine Einwanderung aus Ländern, in denen grosse Teile der Bevölkerung unsere christlich-abendländischen Grundwerte ablehnen“.

KVP**Politik zum Leben und Lieben**

Davon hänge unser Schicksal ab (KWZ Nr. 37/2016). Auch er wird mal begründet erklären müssen, ob „christlich-abendländisch“ eine politische Maxime sein kann oder vielmehr [Legende](#) ist, um Fremdenfeindlichkeit und Kulturkampf zu schüren. Die seit Jahrhunderten praktizierte [Ausbeutung von Mensch und Umwelt](#) durch das christliche Abendland kann wohl nicht gemeint sein. Sollte Meiers Vorschlag zur Bekämpfung von Islamisten christlich-abendländisch sein, dann würde sich ein weiteres Kapitel an die dunklen Seiten dieses Abendlandes anfügen. Es wäre ein Angriff auf den Rechtsstaat, eine Art „Gesinnungsstrafrecht“. Menschen sollen aber nicht nach der Ideologie ihrer Staaten und Führer beurteilt werden, sondern – bei begründetem Verdacht – [im Einzelfall](#). Das gilt in jedem Fall für [Flüchtlinge](#). Im Übrigen weiss der Staat in der Regel durchaus, wie mit Terroristen umzugehen ist. Der Rechtsstaat ist stark. Mit diesen Vorgaben sind Muslime in unserer Gesellschaft willkommen.

Nicht Kulturkampf, sondern die wohlverstandenen Menschenrechte! Sie sind das Verlässlichste, das der Staat hat, und sie bleiben wegleitend für das Verhältnis zu den Muslimen, wie [Jürgen Liminski](#) befreiend herausgestrichen hat. Hier liegt die Identität des Staates und nicht primär in einer Politik der Kulturhoheit christlich-abendländischen Denkens, was immer das konkret auch bedeuten soll.